

VOLKS | SPLITTER
BLATT

Sharon Stone: Scheidung

LOS ANGELES – Sharon Stone lässt sich nach fünfeinhalb Jahren Ehe von ihrem Mann, dem Zeitungsherausgeber Phil Bronstein, scheiden. Die Trennung erfolge in Freundschaft und gegenseitigem Einverständnis, teilte das Paar in einer gemeinsamen Erklärung in Los Angeles mit. Bronstein hatte zuvor bei einem Gericht in San Francisco den Scheidungsantrag eingereicht, in dem von unüberbrückbaren Differenzen die Rede ist. Die 45-jährige Schauspielerin («Basic Instinct», «Casino») und der sieben Jahre ältere Herausgeber des «San Francisco Chronicle» hatten im Februar 1998 geheiratet. Das Paar hat einen gemeinsamen Sohn, den drei Jahren alten Roan.



Hillary Clinton schon bald Präsidentin?

PARIS – Für Hillary Clinton, US-Senatorin und frühere First Lady der USA, ist der Tag nicht mehr fern, der erstmals eine Frau in das Weisse Haus in Washington bringt. «Der Tag ist nahe, an dem es einer Frau gelingen wird, sich zur Präsidentin wählen zu lassen», sagte die US-Senatorin in einem Interview der Pariser Tageszeitung «Le Figaro». «Das würde gut sein für die Sache der Frauen, vor allem aber für das Land», meinte die Gattin des früheren Präsidenten Bill Clinton. Sie selbst habe «absolut nicht die Absicht, Kandidatin zu sein», bekräftigte sie. Sie fühle sich allerdings sehr geschmeichelt, wenn man sie als Präsidentin sehe.



Mette-Marit ist schwanger

OSLO – Die norwegische Prinzessin Mette-Marit, Frau von Thronfolger Haakon, ist schwanger. Das Kind werde um den 22. Januar erwartet, teilte der Palast am Freitag mit, dem 66. Geburtstag von Königin Sonja. Mette-Marit sei «in guter Verfassung, und es wird eine normale Schwangerschaft erwartet», hiess es in der kurzen Erklärung. Der norwegische Aussenminister Jan Petersen sagte, die Regierung und das norwegische Volk «teilen die Freude der werdenden Eltern». Erst vor wenigen Tagen wurde das erste Enkelkind von König Harald und Königin Sonja getauft.

Doch keine Entschuldigung

Italiens EU-Ratsvorsitzender Berlusconi bestreitet Entschuldigung

BRÜSSEL – Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat den Streit um seinen Nazi-Spruch neu belebt. Er betonte am Freitag, er habe sich beim deutschen Kanzler Gerhard Schröder gar nicht entschuldigt.

Im Telefonat mit Schröder am Donnerstag habe er bloss sein Bedauern zum Ausdruck gebracht für den Fall, dass sein «ironischer Witz» missverstanden worden sei, sagte Berlusconi an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit EU-Kommissionspräsident Romano Prodi in Rom. Zum Eklat war es am Mittwoch gekommen. Berlusconi hatte dem deutschen Europaabgeordneten Martin Schulz eine Filmrolle als KZ-Aufseher angetragen.

Der SPD-Abgeordnete habe Italien als autoritäres Land dargestellt, verteidigte sich Berlusconi am Freitag. Der Witz habe sich aber hauptsächlich auf den Tonfall und die Gesten von Schulz bezogen. Berlusconi denkt nach eigenen Worten nicht daran, sich wie verlangt beim Europaparlament zu entschuldigen. Im Gegenteil fühle er sich zutiefst beleidigt über die Art und Weise, wie er von Schulz angegriffen worden sei. Die deutsche Regierung hatte bekräftigt, nach dem Telefonat vom Donnerstag sei für sie die Angelegenheit erledigt. Berlusconis Äusserungen fielen im Anschluss an ein Treffen



Silvio Berlusconi und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi.

der italienischen Regierung mit der EU-Kommission. Berlusconi, der seit dem 1. Juli für sechs Monate den EU-Ratsvorsitz führt, und Prodi betonten ihre Absicht, eng zu-

sammenarbeiten zu wollen. Man sei entschlossen, bis Jahresende die Arbeiten an der EU-Verfassung abzuschliessen, sagte Prodi. «Die Zusammenarbeit wird nur positive Er-

gebnisse hervorbringen können», unterstrich Berlusconi.

Europaparlament will mehr

Das Europaparlament betonte unterdessen, die Affäre um Berlusconis Spruch sei noch nicht bereinigt. Das Parlament erwarte weiterhin eine «formelle Entschuldigung», erklärte der Sprecher von Parlamentspräsident Pat Cox.

Cox habe dies gegenüber der italienischen EU-Ratspräsidentschaft deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Vorfall habe sich im Europaparlament abgespielt, das damit direkt betroffen sei. Dies sei die Position des Parlamentspräsidiums, dem die Vorsitzenden aller Fraktionen angehören.

Auch Schulz soll sich entschuldigen

Auch EU-Parlamentarier Schulz bestand weiter auf einer Entschuldigung. Berlusconi habe die Institution des Europaparlaments beleidigt, sagte er. Der Chef der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), Hans-Gert Pöttering, forderte im Namen der EVP, der Berlusconi angehört, Schulz auf, sich ebenfalls für seine harte Kritik zu entschuldigen. Dies lehnt Schulz jedoch ab. Er habe Fragen gestellt, von denen sich Berlusconi vielleicht provoziert gefühlt habe, sagte Schulz.

Tonband mit Saddam-Botschaft ausgestrahlt

US-Soldaten töten elf Iraker nach Angriff auf Militärkonvoi

BAGDAD – US-Soldaten haben am Freitag elf Iraker beim Angriff auf einen Militärkonvoi erschossen. Es war der bislang schwerste Zusammenstoss zwischen Aufständischen und US-Truppen seit Ende der Hauptkampfhandlungen. Alle Angreifer seien getötet worden, als die amerikanischen Truppen das Feuer erwiderten, teilte ein US-Militärsprecher mit.

Der arabische Fernsehsender El Dschasira strahlte am Freitag ein Tonband mit einer angeblichen Botschaft von Saddam Hussein aus. Auf der Aufnahme ruft eine Stimme, die dem gestürzten irakischen Präsidenten gehören soll, zum Widerstand gegen die US-



Von Saddam Hussein ist eine angebliche Tonband-Botschaft aufgetaucht.

Truppen auf. «Nein zur Kapitulation und nein zur Kooperation», sagte der Sprecher. Am Vortag hatte die US-Regierung ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar auf den verschwundenen Diktator ausgesetzt. Die Authentizität des von El Dschasira ausgestrahlten Tonbandes konnte zunächst nicht von unabhängiger Seite bestätigt werden.

Die Belohnung zur Ergreifung Saddam Husseins erklärte Aussenminister Colin Powell mit den Worten: «Es ist wichtig, alles zu tun, um seinen Verbleib zu ermitteln, tot oder lebendig.» Für Informationen zur Gefangennahme der beiden Söhne Odai und Kusai wurden jeweils 15 Millionen Dollar zugesagt.

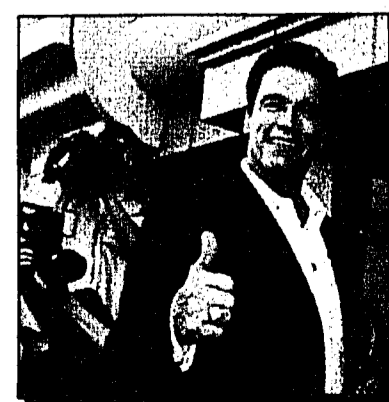
«Terminator» im Irak

Schwarzenegger bei den US-Soldaten

LOS ANGELES – Hollywood-Star Arnold Schwarzenegger hat die US-Soldaten in Irak mit seinem neuen Actionfilm aufgemuntert. Zum Unabhängigkeitstag der USA führte Schwarzenegger den GIs am Freitag seinen Streifen «Terminator 3» höchstpersönlich vor.

Das teilte eine US-Militärsprecherin in Bagdad mit. Kritiker stichelten, dass «Arnold» nur nach Irak gefahren sei, weil er sich bei den Soldaten mehr Applaus für seinen Streifen erhoffe. Bei der Premiere am Mittwoch in Hollywood war der neue «Terminator» bei der Presse durchgefallen. Bei einer Kundgebung zur Premiere hatten Fans dagegen auf Spruchbändern einen Oscar für Schwarzenegger

gefordert, um ihm den Verbleib im Filmgeschäft schmackhaft zu machen. Der in Österreich geborene Actiondarsteller liebäugelt mit einer Kandidatur für das Amt des Gouverneurs von Kalifornien.



Arnold Schwarzenegger soll die US-Soldaten im Irak aufmuntern.

Aus für «Ökosteuer»

Abgabe auf Mallorca abgeschafft

PALMA – Die Tage der umstrittenen «Ökosteuer» auf Mallorca und den anderen Balearen-Inseln sind gezählt. Nach den Sommerferien wird die vor allem in der Reisebranche verhasste Abgabe wieder abgeschafft.

Das kündigte der neue balearische Tourismusminister Joan Flaquer in einem Interview an. Im September oder Oktober soll es so weit sein: Dann will die seit dem Machtwechsel im Mai wieder regierende konservative Volkspartei (PP) die Taxe mit ihrer absoluten Mehrheit im Regionalparlament kippen. Die Abgabe war am 1. Mai 2002 von der rot-grünen Regionalregierung eingeführt worden, um damit den Umweltschäden durch den Mas-

sentourismus auf Mallorca, Menorca, Ibiza und Formentera entgegen zu wirken. Sie beträgt je nach Kategorie der Unterkunft zwischen 0,26 und 2,05 Euro pro Tag und Person. In den meisten Hotels müssen die Urlauber 1,03 Euro pro Tag zahlen. Im ersten Jahr wurden 36,7 Millionen Euro eingenommen. Mit dem Geld wurden obsoleete Hotels abgerissen oder Wanderwege hergerichtet. Doch die Hoteliers gingen auf die Barrikaden. Sie machten die Steuer und die hitzige Debatte darum für den starken Rückgang der Touristen verantwortlich. In dem Interview mit «El Mundo» stellte der neue Tourismusminister Flaquer klar, dass auch die neue Regierung auf den Umweltschutz setze.

www.volkblatt.li

Grösstes
Text- und Bildarchiv
auf
Liechtensteins
Mediensite
No. 1

www.volkblatt.li